



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961

OMGUS-Umfragen: Die Einstellung der Deutschen zum geplanten Friedensvertrag (Juni 1947)

Im Juni 1947 hoffte eine große Mehrheit der Deutschen trotz der im Frühjahr gescheiterten Außenministerkonferenz von Moskau, bei der die Alliierten sich weder über den Aufbau einer zentralen deutschen Verwaltung noch die Reparationsfrage hatten einigen können, noch auf den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages. Von ihm erwartete man zahlreiche wirtschaftliche und politische Verbesserungen. Allerdings ging die Hälfte der Deutschen nicht davon aus, dass ein solcher Vertrag innerhalb eines Jahres vorliegen würde.

Die Einstellung der Deutschen zum geplanten Friedensvertrag

Befragte: 2986 Befragte in der amerikanischen Zone und im amerikanischen und britischen Sektor Berlins.

Untersuchungszeitraum: Juni 1947 (10 Seiten).

Auf die Moskauer Konferenz zurückblickend, warf eine Mehrheit der Öffentlichkeit den Russen vor, die Verhandlungen behindert zu haben. Ein Viertel der Befragten war der Meinung, die Konferenz würde die unterschiedlichen Haltungen der Alliierten klar umreißen oder sei zumindest von allen Seiten mit guten Absichten durchgeführt worden.

Eine sehr große Mehrheit der AMZON-Deutschen (82%) meinte, ein Friedensvertrag würde die Lage in Deutschland verbessern. Davon war man in der gesamten Bevölkerung so allgemein überzeugt, dass es kaum signifikante Unterschiede zwischen den wichtigsten Bevölkerungsgruppen gab. Unter jenen, die den Vereinigten Staaten zugute hielten, den deutschen Wiederaufbau unterstützt zu haben, erwartete eine noch größere Mehrheit (88%) eine Verbesserung ihrer Lage nach Abschluss eines Friedensvertrags. Jene, die das Vorhandensein dieser Aufbauhilfe bestritten (76%), erwarteten auch weniger Verbesserungen.

Etwa die Hälfte (49%) der Bevölkerung glaubte nicht, dass es den Alliierten gelingen würde, den Friedensvertrag bis Sommer 1948 zustande zu bringen, obwohl eine nicht unerhebliche Minderheit (35%) erwartete, dass bis dahin Einigkeit unter den Alliierten erzielt würde. Jene, die eine Einigung erwarteten, kamen eher aus der breiten Masse der Bevölkerung, während die Kritiker und Skeptiker viel häufiger gut ausgebildete Männer aus der Oberschicht oder aber ehemalige NSDAP-Mitglieder waren.

Am dringendsten erhofften sich alle Bevölkerungsgruppen eine Wiederbelebung der deutschen Handels- und Wirtschaftstätigkeit. Die Gruppen mit höherem sozioökonomischen Status nannten als nächstwichtige Schritte Vorkehrungen für erweiterte nationale Grenzen, eine einheitliche demokratische Regierung und eine Befreiung von finanziellen Schwierigkeiten, einschließlich der Reparationszahlungen. Niedrigere sozioökonomische Gruppen äußerten sich schlichter und betonten die Rückkehr der Kriegsgefangenen, die Erleichterung der Belastung durch die Anwesenheit der Vertriebenen sowie eine Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln.

Quelle: A. J. und R. L. Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany, The OMGUS Surveys*. Urbana, IL, 1970, S. 166-67.

Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche: Erica Fisher